

Griechenland und die ‚Meinungen‘ der Ratingagenturen

Manfred Gärtner

Griechenland hatte seit seinem Beitritt zur Eurozone zwar vergleichsweise hohe Staatsschulden. Doch diese blieben relativ zum Volkseinkommen konstant, weil Griechenland auch mit den höchsten Einkommenswachstumsraten der Eurozone brillierte. Von einer ‚Staatsschuldenkrise‘ konnte keine Rede sein.

Erst ab 2008 begannen die Staatsschulden in neue Dimensionen zu steigen. Nicht weil die Politik plötzlich in einen Ausgabenrausch verfallen war. Sondern wegen der durch die globale Finanzkrise ausgelösten und erzwungenen Verschlechterung der Wirtschafts- und Finanzlage.

Dieser auch von vielen anderen Ländern erlebte Einbruch wurde für Griechenland zur existentiellen Krise. Eine Hauptrolle spielte dabei, dass seine Kreditwürdigkeit von den Ratingagenturen in einem Ausmass herabgestuft wurde, das weit über das hinausging, was Wirtschaftslage, staatliche Defizite und Schuldenstand rechtfertigten. Die Gefahr solch exzessiver Herabstufung liegt in der Möglichkeit sich selbst erfüllender Prognosen. Es kann passieren, dass eine völlig ungerechtfertigte Herabstufung das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit eines Landes so stark erschüttert, dass die Zinssätze in einem Ausmass steigen, welches die ursprüngliche Herabstufung rechtfertigt – oder gar noch weitere Herabstufungen verlangt, welche dann die Zinssätze noch weiter hochtreiben. Am Ende einer solchen Spirale kann die Insolvenz eines ursprünglich wirtschaftlich und finanziell soliden Landes stehen.

Es ist wohl kein Zufall, dass gerade die Länder tief in den Schuldenstrudel gerieten, bei denen die Wissenschaft in hohem Mass exzessiv erscheinende Herabstufungen durch Fitch, Moody's und Standard & Poor's in den Jahren 2010 und 2011 festgestellt hatte. Griechenland hatte beispielsweise im Jahre 2011 ein Rating, welches bis zu 12 Stufen (je nach Agentur) auf der Ratingskala tiefer war als von der Wirtschafts- und Finanzlage gerechtfertigt. Auch bei Irland und Portugal betrug diese nicht nachvollziehbare Diskrepanz 6 Ratingstufen und mehr.

Die Ratingagenturen haben somit nicht nur den ursprünglichen Funken für die europäische Schuldenkrise gelegt – durch ihre Mitverantwortung für die globale Finanzkrise. Sie haben diese Schuldenkrise, ‚ihre‘ Schuldenkrise, nachher noch befeuert durch eine in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte noch nicht gesehene Herabstufungsorgie.

Es wird höchste Zeit, dass sich die europäische Politik von den Symptomen der Schuldenkrise und der daraus resultierenden eindimensionalen Versessenheit auf staatliches Sparen löst und sich den eigentlichen Ursachen für die Krise der letzten Jahre zuwendet. Indem sie entweder Staatenratings in der gegenwärtigen Form schlicht verbietet. Oder indem sie wenigstens die rechtlichen Grundlagen dafür schafft, dass sich Staaten gegen ihnen ungerechtfertigt erscheinende Ratings vor Gericht wehren können. Wie kann es sein, dass ein Privatmann wie der 2011 verstorbene deutsche Medienmogul Leo Kirch die Deutsche Bank verklagen kann, weil diese öffentlich seine Bonität angezweifelt und ihn damit möglicherweise erst in den Konkurs getrieben hatte, und von einem Gericht dafür fast eine Milliarde € Schadensersatz zugesprochen erhält. Staaten wie Griechenland, Irland oder Portugal aber können sich gegen ungerechtfertigt erscheinende ‚Meinungen‘ der Ratingagenturen nicht wehren, obwohl es dabei um die Existenz von Millionen Bürgern und die Zukunft unserer Jugend geht.